

POSTULAT von Thomas Büchi (GP, Zürich) und Martin Bäumle (GEU / GP, Dübendorf)

betreffend Teuerungsausgleich für das Staatspersonal

Der Regierungsrat wird gebeten, für die Jahre 1994 bis 1996 die Teuerungszulage für das Staatspersonal so auszugestalten, dass den tieferen Einkommen der volle Teuerungsausgleich, den mittleren ein degressiver und den hohen Einkommen kein Teuerungsausgleich gewährt wird. Innerhalb der Budgetperiode 1994 bis 1996 ist der vorgeschlagene Teuerungsausgleich gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag kostenneutral zu gestalten.

Thomas Büchi
Martin Bäumle

Begründung: In der heutigen wirtschaftlichen Situation ist es wichtig, dass die Kaufkraft niedriger Einkommen erhalten bleibt. Existenzsicherung bei den niederen Lohnklassen kommt den Staat auf lange Sicht weniger teuer zu stehen als die vom Regierungsrat vorgeschlagene vollständige Streichung der Teuerung für 1994.

Nachdem vielen Beamten mit der strukturellen Besoldungsrevision der Speck durch das Maul gezogen und jetzt bis auf weiteres ein weitgehender Beförderung- und Jahresaufstiegsstopp verordnet worden ist, setzt das Streichen der Teuerungszulage psychologisch ein falsches Zeichen.

Andererseits sieht der Regierungsrat für 1995 und 1996 einen linearen Teuerungsausgleich für sämtliche Lohnklassen vor, obwohl ein Zeichen der Solidarität von seiten der Spitzenverdienern unseres Staates gegenüber den tieferen Lohnklassen zu begrüßen wäre.